

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pabr d

Inhalt

Hans Büchler MdB, Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen des Deutschen Bundestages, erläutert die Haltung der SPD zum Bericht zur Lage der Nation: Um gemeinsame Entschließung bemüht. Seite 1

Dr. Liesel Hartenstein MdB, Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, fordert einen neuen Anlauf für den Katalysator: Dreiphasen-Plan für die Entgiftung. Seite 3

Rudolf Scharping MdL, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag von Rheinland-Pfalz, setzt sich mit dem Winzer-Protest in Mainz auseinander: Schöne Worte reichen nicht mehr. Seite 5

Helmut Rohde MdB verlangt Maßnahmen gegen die sich verfestigende Jugendarbeitslosigkeit: Das Parlament ist herausgefordert. Seite 6

40. Jahrgang / 154

15. August 1985

Um gemeinsame Entschließung bemüht

Die SPD und ihre Haltung zum Bericht zur Lage der Nation

Von Hans Büchler MdB
Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen des Deutschen Bundestages

Trotz der offensichtlichen Zerstrittenheiten in der regierenden Koalition über deutschlandpolitische Fragen werden wir Sozialdemokraten uns weiterhin um eine gemeinsame Entschließung zum Bericht zur Lage der Nation bemühen.

Die Gemeinsamkeiten zwischen Koalition und SPD-Opposition könnten in folgenden acht Punkten liegen:

1. Die Bejahung der Westbindung, die Absage an die Neutralität und jeden deutschen Sonderweg.
2. Das Ziel der Bewahrung der deutschen Nation, das durch Besuche und vielfältige Kontakte sowie durch die Zusammenarbeit zwischen deutschen Staaten auf vielen Gebieten verfolgt wird.
3. Der prinzipielle Vorrang der Freiheit vor der Einheit. Wir Sozialdemokraten haben dazu formuliert: „Vorrangig bleiben Frieden und eine politische Ordnung in der Bundesrepublik, die den Menschen Freiheit garantiert. Das ist die Grundlage für die einzige praktische Politik, die auch den Menschen in der DDR zusätzliche Freiheiten bringen kann.“
4. Entgegen anderslautenden Gerüchten bestätigt auch die SPD die Gültigkeit der Rechtspositionen. Aber nicht nur aus Treue zur Justiz, sondern weil der Status quo in Europa nicht zuletzt auf den alliierten Rechten beruht. Was wäre mit Berlin ohne die alliierten Rechte? Sie sind ein ganz wesentlicher Bestandteil der gegenwärtigen Lage. Ich möchte auch daran erinnern, daß die KSZE für den Westen unter anderem den Erfolg hatte, daß die Sowjetunion die Zuständigkeit der USA und Kanadas für die

Verlag und Redaktion:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2—10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verantwortung für
den Inhalt der Beiträge
übernimmt der
Redakteur



Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa anerkannte. Es war eine SPD-Regierung, die auf diesen Aspekt Wert gelegt hat. Die CDU/CSU hat bekanntlich die KSZE-Schlußakte abgelehnt.

Der Umgang mit diesen Rechtspositionen sollte unserer Meinung nach der Formulierung des Bundespräsidenten folgen, der auf dem Evangelischen Kirchentag gesagt hat, die Versöhnungsbereitschaft müsse die rechtlichen Fragen überwölben.

5. Der hohe Stellenwert, der dem Ziel menschlicher Erleichterungen in den innerdeutschen Beziehungen zukommt, ist eine weitere Gemeinsamkeit, in die ich glaube, selbst die Grünen einbeziehen zu dürfen.
6. Daß auch der Frieden Vorrang vor der Einheit hat, ist für Sozialdemokraten selbstverständlich. Die Betonung des Prinzips der Gewaltlosigkeit bei der Verfolgung des Ziels der deutschen Einheit durch alle Unionspolitiker läßt mich hier auch auf Übereinstimmung hoffen. Allerdings sehen wir Unterschiede zur Bemerkung von Franz Josef Strauß, Frieden sei kein absoluter Wert. Die Abwesenheit von Krieg ist unter den heutigen Bedingungen zumindest eine Grundvoraussetzung für unsere Existenz und folglich für jede weitere politische Entwicklung. Dieser Erkenntnis muß die Politik Rechnung tragen. Darauf deutet auch die ständig wiederholte Formulierung des Bundeskanzlers hin, von deutschem Boden müsse Frieden ausgehen.
7. Die zahlreichen Selbstverständlichkeiten will ich mit zwei Bemerkungen zusammenfassen. Erstens sind wir Gegner des von der DDR ausgeübten Regimes an der innerdeutschen Grenze. Grenzsicherung durch Todesschüsse und ein Straftatbestand „Republikflucht“ sind nicht akzeptabel und zweitens sind wir grundsätzliche Gegner des politischen Systems in der DDR. Wir haben zum Beispiel bei dem Besuch der SPD-Bundestagsfraktion bei der Volkskammer der DDR darauf hingewiesen, daß die Frage der Freiheit uns nicht zusammenführt, sondern uns trennt. Die Bundesrepublik Deutschland und die DDR ebenso wie SPD und SED.
8. Wenn CDU und CSU die uneingeschränkte Gültigkeit der Ostverträge bestätigen, so ist dies kein Fortschritt, sondern eine Selbstverständlichkeit. Wenn sie erklären, sie wollten die Beziehungen zur DDR und zu den anderen osteuropäischen Staaten auf der Basis dieser Verträge entwickeln, so nehmen wir das erfreut zur Kenntnis. Die leidige Diskussion über die Grenzen in Europa, die erst nach der Regierungsübernahme durch Helmut Kohl wieder aufgeflammt ist, veranlaßt uns in diesem Zusammenhang, auf die einschlägigen Formulierungen in diesen Verträgen aufmerksam zu machen. So heißt es im Moskauer-Vertrag, die Bundesrepublik Deutschland und die UdSSR stimmten darin überein, „daß der Friede in Europa nur erhalten werden kann, wenn niemand die gegenwärtigen Grenzen antastet. Sie verpflichten sich, die territoriale Integrität aller Staaten in Europa in ihren heutigen Grenzen uneingeschränkt zu achten; sie erklären, daß sie keine Gebietsansprüche gegen irgend jemand haben und solche in Zukunft nicht erheben werden; sie betrachten heute und künftig die Grenzen aller Staaten in Europa als unverletzlich, wie sie am Tage der Unterzeichnung dieses Vertrages verlaufen, einschließlich der Oder-Neiße-Linie, die die Westgrenze der Volksrepublik Polen bildet und der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik“.

Der Moskauer-Vertrag ist gegen zehn „Nein-Stimmen“ und bei Enthaltung des allergrößten Teils der CDU/CSU-Fraktion vom Deutschen Bundestag ratifiziert worden.

Die Verhandlungen mit der Union über den Bericht zur Lage der Nation verlaufen trotz allem zäh. Wir Sozialdemokraten bleiben kompromißbereit. Aber hinter die Vertragstexte zurück werden wir nicht gehen und auch nicht hinter die Moskauer Erklärung von Helmut Kohl und von Erich Honecker. Wie heißt es im Regierungslager: pacta sunt servanda. Mehr noch: sie müssen mit Leben erfüllt werden.

(-/15.8.1985/rs/ks)

+ + +



Neuer Anlauf für den Katalysator erforderlich

Dreiphasenplan für Abgasentgiftung entwickeln

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB
Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Die Luxemburger EG-Beschlüsse haben gezeigt, daß Bundesinnenminister Zimmermann weder seine umweltpolitische noch seine europapolitische Reifeprüfung bestanden hat. Die fatalen Folgen sind bereits deutlich sichtbar.

Beispiel VW: der Anteil der Katalysatorwagen-Bestellungen am Gesamtabsatz ist auf rund ein Prozent abgerutscht.

Beispiel Daimler-Benz: während im Frühjahr 1985 noch 33 Prozent der Jahreswagen mit Katalysator bestellt wurden, sind inzwischen drei Viertel wieder umdisponiert worden und werden jetzt ohne Katalysator ausgeliefert.

Die passende Parallele dazu: der Verkauf bleifreien Benzins ist auf klägliche 0,6 Prozent des Gesamtverbrauchs zurückgegangen. Damit ist das Katalysator-Konzept, wenn es überhaupt diesen Namen je verdient hat, gescheitert. Die Stickoxidbelastung der Luft wird, als Konsequenz daraus, in den nächsten acht Jahren (bis 1993!) nicht abnehmen, sondern sogar noch ansteigen. Erst dann ist ein Rückgang zu erwarten.

Da sich inzwischen immer klarer herauschält, daß der Kraftfahrzeug-Verkehr bei der Verursachung des Waldsterbens einen viel höheren Anteil hat als früher angenommen - direkt durch das giftige Benzinblei, indirekt durch das aus den Stickoxiden entstehende Ozon -, ist ein neuer Anlauf zur Abgasentgiftung unerlässlich.

In seinem Kabinettsbericht mußte der Bundesinnenminister kürzlich zugeben, daß das Waldsterben ungebremst fortschreitet und besonders bei den Laubbäumen, wie Buche und Eiche, überproportional zunimmt. Kein Wunder, wenn gleichzeitig in bestimmten Höhenlagen der Mittelgebirge eine starke Zunahme der Ozonkonzentration gemessen wird.

Die Schweizer haben konstatiert, daß sich die Stickoxidemissionen in ihrem Land in den letzten 25 Jahren verfünffacht haben. Ihre Schlußfolgerung: die Luftbelastung muß auf das Niveau Ende der 50er Jahre zurückgeführt werden, wenn der Wald eine Überlebenschance haben soll. Auf diesem Hintergrund schlägt die Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz (SGU) drastische Maßnahmen im Verkehrsbereich vor: Senkung des Treibstoffverbrauchs um die Hälfte (gegebenenfalls Rationierung), Baustop für Nationalstraßen und Hochleistungsstraßen, Herabsetzung der Emissionsgrenzwerte für Personenkraftwagen.

Für die Bundesrepublik gilt es, noch im Herbst einen neuen nationalen und europäischen Abgasreduzierungsplan zu entwickeln, der das jetzige unwirksame Konzept ersetzt. In Phase I müssen nationale Signale gesetzt werden:

- Senkung der Mineralölsteuer für bleifreies Benzin um fünf bis sieben Pfennig.
- Verbot des bleihaltigen Normalbenzins ab 1. Januar 1986.



- Einführung des Tempolimits,
- zusätzliche Fördermaßnahmen zur Umrüstung des Altwagenparks.

Damit würde dem Umweltauto Vorfahrt gegeben und das EG-Klima entscheidend verbessert.

Phase II betrifft den EG-Bereich. Erforderlich sind Neuverhandlungen mit den Partnerländern mit zwei Hauptzielen:

1. Die US-Grenzwerte anstelle der schwachen EG-Normen verbindlich zu machen,
2. die Fristen für die obligatorische Einführung des Dreiwegekatalysators (90 Prozent Abgasentgiftung) vorzuziehen, insbesondere für die Wagenklasse zwischen 1,4 und zwei Liter Hubraum. Als Mindestziel muß dabei der 1. Januar 1988 erreicht werden, der bereits für die großen Wagen über zwei Liter festgelegt ist.

In der Bundesrepublik beträgt der Anteil der Mittelklassewagen knapp 50 Prozent des PKW-Bestandes. Deshalb ist es fundamental wichtig, in diesem Bereich eine raschere und möglichst optimale Entgiftung durchzusetzen. Nach Aussagen der deutschen Automobilindustrie werden alle Typen in dieser Klasse bereits 1986 mit geregelterem Katalysator angeboten.

Schließlich müssen, ebenfalls noch im Herbst 1985, die Weichen neu gestellt werden für die Phase III, nämlich für eine umweltfreundliche Verkehrspolitik und eine konsequente Energieeinsparpolitik. Auf beiden Feldern ist die Bundesregierung gewaltig im Rückstand. In der Verkehrspolitik muß eine klare Prioritätensetzung erfolgen für die Verlagerung des Schwerlastverkehrs auf die Schiene, den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel und die Eindämmung des Straßenbaus. Die Debatte über den neuen Bundesverkehrswegeplan wird zeigen, wohin die Reise geht.

Die Zeit drängt, die Technik ist vorhanden, das Gefahrenbewußtsein in der Bevölkerung hoch entwickelt. Gefordert ist politisches Handeln, wenn unermeßlicher ökologischer und ökonomischer Schaden vermieden werden soll.

(-/15.8.1985/rs/ks)

+ + +

Gefragt sind Winzerhilfen

Mit guten Worten und schönen Versprechungen ist kein Winzer mehr hinzuhalten

Von Rudolf Scharping MdL
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag von Rheinland-Pfalz

5.000 Bauern und Winzer protestierten am Mittwoch auf den Mainzer Domplätzen gegen die an ihre Existenz gehenden Auswirkungen des Giftweinskandals gewissenloser österreichischer Weinexporteure und einiger deutscher Großkellereien. Die Kritik der Winzer und ihrer Sprecher galt der völlig ungenügenden Weinkontrolle, insbesondere in Rheinland-Pfalz. Hauptzielschiebe der Kritik waren Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel und die Mainzer CDU, aber auch Kanzler Kohl und Gesundheitsminister und CDU-Generalsekretär Geißler.

Die von dem Glykolskandal betroffenen Winzer werden sich von der CDU, die sie an der Mosel zu 60 bis 80 Prozent gewählt haben, nicht mehr mit guten Worten und schönen Versprechungen beruhigen lassen. Konkrete Gegenmaßnahmen und Hilfen sind gefragt.

Wir Sozialdemokraten wissen das. Vor allem seit dem sogenannten „Flüssigzuckerskandal“, der wiederum in dem schon damals importierten fragwürdigen österreichischen Prädikatswein seine Ursache hatte, haben wir eine wirksamere Weinkontrolle für Import- und Exportweine verlangt und haben auf das heiße Thema verwiesen, daß die Landesregierung aktiv den Ausbau von Großkellereien mit Millionen förderte, von denen viele früher wie heute ständig im Verdacht von Manipulationen mit Auslandsweinen standen und zum Teil auch vor Gericht gestellt wurden.

Die Landesregierung und die CDU hat die SPD-Forderungen blockiert oder nur halbherzig angegangen. Es mußte erst zu dem Glykolskandal und zur schwersten Rufschädigung für den Wein kommen, ehe die Mainzer Regierung einige der von der SPD vorgeschlagenen Maßnahmen aufgreift. Daß sich darunter auch Maßnahmen befinden, die Sache der Bundesregierung sind - die Ausfüllung des Weingesetzes von 1982 beispielsweise - beweist, daß auch die harte Kritik der Winzer an den Rheinland-Pfälzern Geißler und Kohl einen sehr sachlichen Hintergrund hat. Die SPD wird ihre eigenen Vorstellungen erneut präzisieren und in Bund und Land zur Entscheidung stellen. (~/15.8.1985/rs/ks)

+ + +



Jugendarbeitslosigkeit breitet sich aus

Der Bundestag ist herausgefordert

Von Helmut Rohde MdB

Seit langem hat die Bonner Koalition versucht, die Jugendarbeitslosigkeit herunterzurechnen. Bei den Fachleuten mehrten sich allerdings die Anzeichen dafür, daß die Rechnungen der Regierung irreführend sind. Erhebungen und Untersuchungen der Arbeitsverwaltung wurden eingeleitet.

Nunmehr liegt eine neue Studie der Nürnberger Arbeitsmarktforscher vor. Sie bestätigt die seit langem gehegten Befürchtungen: 500.000 der unter 25jährigen Bundesbürger waren im letzten Juni arbeitslos. Um das tatsächliche Ausmaß der Unterbeschäftigung Jugendlicher zu beschreiben, müsse - so die Studie - auch die sogenannte „stille Reserve“ berücksichtigt werden, jene Arbeitslosen also, die von der Statistik nicht mehr erfaßt werden.

Besonders betroffen sind die 20- bis 25jährigen. Sie wurden inzwischen zur Altersgruppe mit höchster Arbeitslosigkeit. Das ist ein Signal dafür, daß sich die Kluft zwischen Ausbildung, Beruf und Arbeit immer mehr ausweitet. Bei den 25- bis 30jährigen sind ähnliche Tendenzen festzustellen. Die jüngeren Jahrgänge, die über Jahrzehnte hinweg sich am ehesten am Arbeitsmarkt behaupten, und sich in Beruf und Beschäftigung integrieren konnten, werden immer mehr in Mitleidenschaft gezogen.

Mit diesem Sachverhalt und seinen Auswirkungen auf die sozial-ökonomische Zukunft muß sich der Wirtschaftsausschuß des Bundestages beschäftigen. Nach Wiederbeginn der Parlamentsarbeit trifft er mit der Spitze der Bundesanstalt für Arbeit zusammen. Die Opposition hat darauf gedrängt. Sie hatte die Erfahrung gemacht, daß vom Bundesarbeitsministerium weder korrekte Zahlen noch eine sachverständige Darlegung der Verhältnisse zu erreichen waren. Dessen politischer Schminkkasten erwies sich als ein Sortiment von Fehlfarben.

Nun müssen Wirtschaft und Arbeitsmarkt reagieren. So muß über das künftige Verhalten von Betrieben und Verwaltungen gesprochen werden. Zu erörtern ist gleichzeitig, wie das System der Arbeitsförderung auf das Ausmaß und auf die veränderten Ursachen und Formen der Jugendarbeitslosigkeit antworten will. Das Handeln ist auf neue Anforderungen einzurichten.

Viele der Betroffenen haben eine berufliche oder eine weiterführende schulische Ausbildung hinter sich, sind qualifizierte, die heute keine Arbeit mehr finden. Deshalb ist es herablassend und falsch, wenn aus der Koalition immer wiederholt wird, die Arbeitslosigkeit betreffe „fast nur Arbeitslose mit minderer Qualifikation“.

Die jungen Menschen erwarten eine Perspektive für ihr persönliches und soziales Leben. Sie stattdessen mit statistischen Feinheiten aus der Arbeitslosenzahl hinauszurechnen, Zauber von Amts wegen zu betreiben, sie aus der Sozialbilanz verschwinden zu lassen oder sie künftig gar als „Zubrotverdiener“ zu kostümieren, das ist jener Unfug, wie er seit je in konservativem Milieu getrieben wird. Nicht die sozialen Probleme, die sozialen Wahrheiten sollen aus der Welt geschafft werden. Die Bestandsaufnahme von Wirtschaftsausschuß und Arbeitsverwaltung ist mehr als fällig geworden. (-/15.8.1985/rs/ks)

+ + +

